

**„Verschärft Corona die Lohnlücke?
- Und wenn ja: was können wir dagegen tun?“**

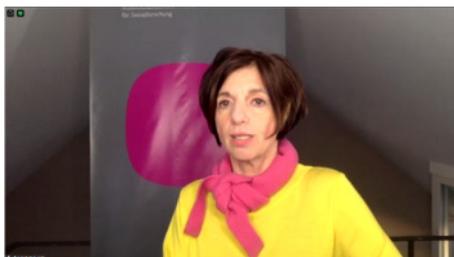
Online-Diskussion

11. März 2021, 17.00–19.30 Uhr

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie treffen erwerbstätige Frauen nachgewiesenermaßen besonders hart. Welche Auswirkungen sind durch die aktuelle Situation auf mühsam aufgebrochene Geschlechterrollenbilder zu erwarten und wie wird sich die große Lohnlücke zwischen den Geschlechtern entwickeln?

Anlässlich des diesjährigen Equal Pay Days lud das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit dem DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, dem SoVD-Landesverband Niedersachsen und den ver.di-Frauen des Landesbezirks Niedersachsen-Bremen zur Online-Veranstaltung „Verschärft Corona die Lohnlücke? - Und wenn ja: was können wir dagegen tun?“ ein, um diese Fragen zu beantworten.

Hierzu begrüßte die Moderatorin Lea Karrasch die Gastrednerin Prof. Jutta Allmendinger, Ph.D., Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, sowie die Vertreter_innen der einladenden Organisationen und die Multiplikator_innen im Online-Publikum. In ihrer Einführung betonte Lea Karrasch, dass Deutschland mit aktuell 18% eine der höchsten Lohnlücken Europas aufweise. Damit sei der sogenannte Gender Pay Gap, d.h. der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern, auch im Jahr 2021 nicht nur weiterhin präsent, sondern es bestehe auch die Gefahr, dass dieser sich durch die Corona-Krise und die damit einhergehenden Folgen, wie Kurzarbeit und eine Zunahme von Care-Arbeit, vergrößere.



Prof. Jutta Allmendinger

Zu Beginn ihres Impulsvortrages hob **Prof. Jutta Allmendinger** Ph.D. hervor, dass man die Lohnungleichheit während der Corona-Krise nicht losgelöst von der Situation vor deren Beginn betrachten könne. Sie verwies auf die Trivialität der unbereinigten Lohnlücke, die bei einer anderen Berechnung unter Berücksichtigung von Faktoren wie der Wochenarbeitszeit oder der Erwerbstätigenquote

um ein Vielfaches höher angesetzt werden müsse. Darüber hinaus gelte es auch, den Gender Care Gap zu berücksichtigen, der vor und während der Pandemie gravierende Unterschiede in der Übernahme unbezahlter Arbeit deutlich mache.

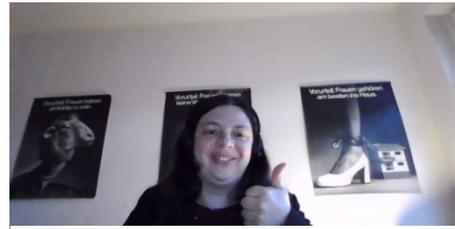
Insgesamt haben die politischen Entscheidungen zur Pandemieeindämmung gezeigt, so Prof. Jutta Allmendinger, dass Gruppen wie Familien, Kinder und Frauen eine geringere Wertigkeit beigemessen werde und sich deren Rollenbilder in der Gesellschaft scheinbar kaum verändert haben. Besonders Alleinerziehende, Geringqualifizierte und Frauen mit geringfügiger Beschäftigung sind hiervon betroffen. Eine Reflexion der Auswirkungen der Pandemiemaßnahmen auf diese Gruppen habe ebenso wenig stattgefunden wie eine Reflexion der Folgen von Homeoffice im Besonderen. Dieses fördere entgegen der langläufigen Meinung nicht die Gleichstellung der Geschlechter oder die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern führe zu unbezahlter Mehrarbeit und gleichzeitiger Reduktion der bezahlten Arbeit. „Frauen verändern ihre Tätigkeitsbereiche aus der Not heraus, um Familie und Beruf in der Pandemie zu vereinbaren.“, so Prof. Allmendinger.

Die Isolation in der Corona-Krise und die Zurückstellung der eigenen bezahlten Arbeit zugunsten von Homeschooling und Sorgearbeit werden sich ihrer Ansicht nach langfristig auf die berufliche Entwicklung von Frauen auswirken. Die persönliche Weiterentwicklung und der Ausbau von wertvollen Netzwerken seien durch die Krise stark beeinträchtigt, was die Rückkehr von Frauen in den Arbeitsmarkt zusätzlich entschleunigt. Außerdem sei zu beobachten, dass Frauen zunehmend aus dem öffentlichen Raum verschwinden, unterdessen ihre Leistungen während der Pandemie kaum anerkannt würden. Das kürzlich eingeführte Zweite Führungspositionen-Gesetz könne hier immerhin eine Signalwirkung schaffen, um dem entgegenzuwirken.

In der anschließenden Fragerunde ging Prof. Allmendinger unter anderem auf die Retraditionalisierung von Geschlechterverhältnissen ein. Diese seien bereits vor der Krise „wackelig“ gewesen, bedingt durch strukturelle und kulturelle Hemmnisse. Es gäbe zu viele gesellschaftliche Druckfaktoren für Frauen in der Arbeitswelt, während es gleichzeitig an Strukturen mangle, um beispielsweise die Kinderbetreuung zu gewährleisten. Als kurzfristige Lösung schlägt sie sogenannte „Zeitgutscheine“ vor: Frauen brauchen freie Zeit, um sich zu fokussieren und neue Kraft tanken zu können. Mithilfe zivilgesellschaftlicher Programme, die zum Beispiel von Stiftungen getragen werden könnten, können zeitaufwendige Aufgaben wie die Kinderbetreuung übernommen werden. Es sei „eine Frage der Ressourcenallokation“, neben finanziellen Hilfen auch soziale Hilfen für Betroffene zur Verfügung zu stellen.

Langfristig sollte die gerechte Verteilung unbezahlter Arbeit in Regierungsprogramme aufgenommen werden, um die Partizipation von Männern in der Care-Arbeit zu steigern. Zudem könne durch die Reduktion der Wochenarbeitszeit auch in der bezahlten Arbeit eine gerechte Verteilung erreicht werden.

An den Impulsvortrag schlossen sich Statements der einladenden Institutionen an. **Ute Neumann**, Bezirksjugendsekretärin beim DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, berichtete aus Sicht junger Frauen über die Situation auf dem Ausbildungsmarkt. Bereits vor der Corona-Krise gab es ein Ungleichgewicht, durch das weiblich dominierte Berufsfelder oft schlechter bewertet werden. Systemrelevante Ausbildungsberufe sind zudem oft verschult und werden nicht vergütet. Die Corona-Pandemie führte überdies zu einem drastischen Rückgang der Ausbildungsplätze. Insgesamt wurden 6000 Ausbildungsverträge weniger geschlossen als im Jahr zuvor. Um der Verschärfung der Ausbildungskrise entgegenzuwirken, fordert die DGB-Jugend eine Erhöhung des Mindestlohns, eine Mindestausbildungsvergütung, eine Ausbildungsplatzgarantie und die Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.



Ute Neumann



Sabine Gatz

Sabine Gatz, Landesfachbereichsleitung des ver.di-Landesbezirks Niedersachsen-Bremen, beleuchtete in ihrem Statement die Lage erwerbstätiger Frauen im Einzelhandel. Da der Einzelhandel kaum Vollzeit Arbeitsplätze bietet und auf ausgedehnte und flexible Arbeitszeiten setzt, seien etwa $\frac{3}{4}$ der zwei Millionen weiblichen Beschäftigten gezwungen, in Teilzeit zu arbeiten und durch Dumpinglöhne von

Altersarmut bedroht. Infolge der Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie verfiel ein Großteil der Beschäftigten in Kurzarbeit und erhielt ein geringes oder gar kein Einkommen. Hinzu kam der schnelle strukturelle Umbruch vom stationären zum Online-Handel, durch den zahlreiche Arbeitsplätze verloren gingen. Die Gewerkschaft ver.di fordert daher einen leichteren Zugang zur Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen sowie eine Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns, sodass die Chance auf eine Regelrente geboten ist.

Roswitha Reiss, Landesfrauensprecherin des SoVD-Landesverbands Niedersachsen e.V., nahm die Generation von Frauen im Rentenalter in den Blick. Die Beschäftigung in Teilzeit und die unbezahlte Mehrarbeit während der Corona-Krise werden direkte Auswirkungen auf die Rente haben. Jede sechste Frau über 65 Jahre ist von Altersarmut bedroht, während dies nur etwa jeden achten Mann betrifft. Die zentralen Ursachen für diese Lohnlücke sind das Fehlen von Frauen in spezifischen Berufen, die schlechtere Entlohnung und längere Unterbrechungen im Berufsleben – im Gegensatz zu Männern. Der SoVD fordert gleiches Entgelt für gleiche Arbeit und die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.



Roswitha Reiss

Zum Abschluss der Veranstaltung plädierten Prof. Jutta Allmendinger und die Vertreter_innen der einladenden Institutionen für mehr Engagement von Frauen in Gewerkschaften und der Politik. Nur durch die Partizipation von Frauen aus allen gesellschaftlichen Gruppen können ihre Probleme und Forderungen aktiv angegangen und umgesetzt werden.